

Danziger Zeitung.



Nr. 18411.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bergen, 26. Juli. (M. Z.) Die Hofnacht „Hohenjoller“, die Corvette „Trene“ und der Aviso „Jagd“ sind Nachmittags 2 1/2 Uhr hier eingetroffen. Das Wetter ist schön. Der Kaiser begab sich Nachmittags an Land und kaufte Pelzwerke und Goldsachen ein. Es verlautet, die Abreise sei auf morgen Mittag festgesetzt.

Offende, 26. Juli. (M. Z.) Zum Empfange des Kaisers werden hier großartige Vorbereitungen getroffen.

Berlin, 26. Juli. (Privattelegramm.) Auf besonderen Wunsch des Königs von Belgien wird Kaiser Wilhelm drei Tage in Belgien bleiben und Antwerpen und Brüssel berühren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 26. Juli.

Der parlamentarische Londoner Friedenscongress

findet natürlich die verschiedenartigste Beurtheilung in der Presse. Es giebt viele Leute, die an sich gegen den Zweck und das Ziel nichts sagen können, die sich sogar um dieses offenbar guten und humanen Zieles willen verpflichtet fühlen, im Vorderjah das Vorgehen löblich zu finden, im Nachjah aber so viele faulerfüße Einwände und Bedenken erheben, daß man ihnen ansieht, es sei ihnen die ganze Sache doch im Grunde des Herzens fatal. Weshalb? Das sagen sie nicht. Aber man kann es leicht errathen.

Ziel deutlicher und offener sind die Gegner auf den äußersten Seiten links und rechts. Deren Aeußerungen sind auch viel interessanter und zu charakteristisch, um nicht kurz vor ihnen Notiz zu nehmen. Das Hauptorgan der Socialdemokraten, das „Berliner Volksblatt“, spottet über die Friedensfreunde in London. „Sie sahen so fröhlich beisammen und hatten einander so lieb und hielten so schöne Reden.“ Utopie! kapitalistische Schönschwärmer! — ruft das socialdemokratische Blatt aus. „Wollt Ihr dem Krieg erklären, so müßet Ihr die Ursachen des Krieges wegräumen helfen. Wollt Ihr, daß das Banner des Friedens auf Erden wehe, so müßet Ihr vor Allem das socialistische Programm annehmen. (!) Wenn man ein Haus baut, so darf man nicht beim Dach anfangen, sondern beim Grund; die materiellen Existenzverhältnisse sind das Fundament des Culturbaues, diese wollen wir Socialdemokraten solid herstellen, auf daß der Bau herrlich und harmonisch emporkwache und die weisse Friedensflagge von der majestätischen Kuppel wehe. (!) Die Socialdemokratie ist die wahre internationale Friedensliga! . . . Schon 3000 Jahre predigt man den Menschen „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ in Wort und Schrift, in Poesie und Prosa, im Orient und Occident, in Synagogen und Kirchen, und heute sind die Menschen noch ganz so hartgesottene Egoisten wie vor 3000 Jahren. Und das ist sehr natürlich. Der Selbsterhaltungstrieb ist ein jedem Lebewesen eingepflanzter Naturtrieb. Der Mensch kann zu Gunsten seiner Angehörigen, Freunde, Geliebte auf Vieles verzichten, sogar sein Leben ihnen zum Opfer bringen, aber nimmermehr wird jemand jeden x-beliebigen Nebenmenschen wie sich selbst lieben können, wenn er ihm auch manches kleinere oder größere Opfer zu bringen fähig ist. In einer Gesellschaft aber, in welcher der Selbsterhaltungstrieb nur auf Kosten der Nebenmenschen sich befriedigen kann, in welcher Ambos sein muß, wer nicht Hammer sein will oder kann, ist die Forderung der Nächsten- und Friedensliebe eine Utopisterei ersten Ranges.“

Soweit das socialdemokratische Blatt. Wenn die Welt mit ihren Friedensbestrebungen so lange

Ein ungedruckter Brief Johann Jacobys.

Nach der gewaltsamen Sprengung des deutschen Parlaments — schreibt die „A. S. Z.“ — hatte Johann Jacoby sich bekanntlich nach der Schweiz begeben, wo er den Sommer 1849 in Gemeinschaft mit seinen Freunden Moritz Hartmann und Heinrich Simon zubrachte. Anfang Oktober traf ihn dort die Vorladung, sich vor dem Königsberge Gericht zur Verantwortung gegen die wider ihn erhobene Anklage auf Hochverrath zu stellen. Die Strafe, die nach den damals gültigen Gesetzen dieses Verbrechens bedrohte, war „Schleifen zur Richtstätte auf einer Ruhhaut und Rädern von unten auf“, im Falle der Begnadigung Enthauptung durch das Beil oder lebenslängliches Zuchthaus. Der Ausgang des Prozeßes war bei den damals ungewöhnlich hochgehenden Wogen der Parteilichkeit um mindesten sehr zweifelhaft und eine Verurtheilung erschien meistaus wahrscheinlicher als eine Freisprechung. Mußte man doch zu gut, daß die Reaction zu Geschworenen möglichst „zuverlässige“ Persönlichkeiten auszuwählen verstand, und erschien es demzufolge nur zu gemiß, daß Jacobys Richter aus den Reihen seiner entschiedenen und besagten politischen Gegner genommen werden würden. So kamen denn auch von allen Seiten, aus dem weiten Kreise seiner Freunde wie dem seiner Familie Bitten und Warnungen an Johann Jacoby, sich der schweren Gefahr, die ihn bedrohte, nicht auszuweichen, sondern ruhig in seinem sicheren schweizer Asyl bis auf bessere Zeiten zu verbleiben. Jacoby antwortete darauf mit einem bis jetzt nicht veröffentlichten, wahrhaft klassischen Brief, der ein

warten müßte, bis das socialistische Ideal erfüllt ist, dann würde dieselbe allerdings noch sehr, sehr lange zu warten haben. Bemerkenswerth ist bei diesen Aeußerungen nur, daß der Spott über die Friedensarbeit aus den Reihen derjenigen kommt, welche nach ihrer sonstigen Haltung jede derartige Bestrebung wenn auch nicht mit Freuden begrüßen, so doch wenigstens wohlwollend dulden müßten. Aber nein, nur die Socialdemokratie kann den Weisfiedeln herstellen — und deshalb Hohn und Spott allen, die es nicht nach dem Rezept der Socialdemokratie thun wollen.

Auf der äußersten Rechten begegnet man sich mit der Socialdemokratie in der Antipathie gegen den Friedenscongress. Dort — und diesmal ist die „Conservative Correspondenz“ das Organ der Gesinnungen ihrer Freunde — wird der Congress als ein „krypto-republikanischer“ denuncirt und demgemäß der weiteren Beachtung empfohlen. „Was“ — so sagt das officielle Organ der conservativen Partei — „zur Herabminderung der auf Europa drückenden Militärlast im Lauf der Zeit etwa geschehen kann, wird und kann nach unserer Ueberzeugung allein von der Regierung ausgehen und wird, wenn das Glück gut ist, durch die immer weitere Ausdehnung von Bündnissen, also auf dem Wege, den unser Kaiser von Anbeginn seiner Regierung an in unermüdlicher Thätigkeit verfolgt hat, erreicht werden. Die Beschlüsse des Congresses aber sprechen nicht von Fürsten und Regierungen, sondern von „den Nationen“. Das ist auch nicht etwa ein Zufall oder etwas Nebenständliches, sondern Absicht und System. Denn dieser „internationalen parlamentarischen Congress“ ist seinem Hauptzweck nach — man täusche sich nicht darüber — eine Veranstaltung behufs Coalition des demokratischen Bürgerthums und Anbahnung der Usurpation der Regierungsgewalt (!) durch die Parlamente in allen europäischen Ländern, also ein Seitenstück der Thätigkeit der bürgerlichen Demokratie zu dem socialdemokratischen internationalen Bruderbund.“

Da haben wir's. Die Methode des Systems Bismarck wird fortgesetzt. Aber diese Denunciations, deren Grundlage zumal eine so hohle ist, wird auf keinen fruchtbaren Boden fallen. Das italienische Parlament hat einstimmig den Zweck gebilligt, Crispi, der Ministerpräsident des uns befreundeten Dreibundstaates, hat den Congress begrüßt, gerade die Thätigkeit des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung im Interesse des Friedens ist auf dem Congress rühmend anerkannt und von mehreren hervorragenden Rednern die Hoffnung betont, daß dieselbe fortgesetzt und Erfolg haben werde. Aber das alles stört die „Cons. Corr.“ in ihrer Denunciationsucht nicht. Wunderbar ist es uns schon, daß sie wenigstens die Haltung des freisinnigen Abgeordneten Dr. Dohrn gegenüber den französischen Abgeordneten in der Elbschifffrage anerkennt und lobt!

Unsere Leser wissen es, daß wir nicht zu denen gehören, die baldige greifbare Erfolge von diesen Congressen erwarten, aber das Ziel ist ein so hohes und der größten Anstrengungen werthes, daß man zufrieden sein muß, wenn in jedem Jahr ein kleiner Schritt vorwärts gethan wird, um die Erkenntniß in den Völkern Europas immer lebendiger werden zu lassen, daß es mit dem Ueberbieten in den militärischen Rüstungen für die Dauer nicht weiter geht, ohne sie finanziell zu ruinieren. Ist diese Erkenntniß erst überall vorhanden, findet sich auch ein Weg. Jetzt kommt alles darauf an, die Friedensstimmung in immer weitere Kreise zu tragen.

Die künftige Verwaltung Helgolands.

Die „Magd. Zig.“ befragt die Constituirung Helgolands als Reichsland. „Die Verwaltung der Insel sollte in ihrer gegenwärtigen Einfachheit möglichst erhalten bleiben, was bei der eigenartigen Lage des Ländchens ohnehin geboten erscheint. Der Verwaltungsapparat könnte durch

neues herrliches Zeugniß für ihre große Natur und Denkart ablegt und der der „A. S. Z.“ jetzt, nach dem jüngst erfolgten Tode seiner Schwester, zur Verfügung gestellt worden ist. Das Schreiben lautet:

Berney, 18. August 1849.

Liebe Schwester!

Es ist einmal meine Bestimmung, allen denen, die mich lieben, Sorge und Kummer zu bringen. Der Gedanke an Euch hat in dieser Zeit mich oft schmerzlich bewegt und mehr als alle anderen Erwägungen mir den Entschluß schwer gemacht, den ich doch zuletzt fassen mußte. Glaubt nicht, daß ich leichtsinnig handle! Ich kenne die Macht und den bösen Willen der Regierung, vor der der Unschuldige nicht sicher ist, ich kenne die politische Apathie des Volkes, die jedes Unrecht ruhig hinnehmen wird; — ich weiß, was mir zu Hause bevorsteht und daß ein günstiger Umschwung der Dinge noch nicht so bald zu erwarten ist. Dennoch kann ich nicht anders handeln. Ganz abgesehen von der Verpflichtung, die ich durch meine frühere Erklärung eingegangen, — sträubt sich mein Gefühl dagegen, gerade jetzt zur Zeit der Noth und Unterdrückung das Vaterland zu meiden. So lange meine Mitbürger in den Fesseln des Absolutismus schmachten, so lange viele meiner früheren Genossen, — gerade durch mein Wort und Beispiel zum politischen Wirken angeregt, — dafür im Kerker büßen, würde ich auch im freieren Auslande keinen frohen Augenblick haben; mit meinen Gedanken würde ich doch immer in der Heimath sein: das Ausland wäre mir nur ein größeres Gefängniß, in welchem ich — unzufrieden mit mir selbst — körperlich und geistig verkommen müßte.

Ihr schreibt, daß in Preußen die Gewalt jetzt

die Kraft eines Beamten recht wohl bewältigt werden, jedenfalls sollte man die schlichten Inselaner nicht mit einer erdrückenden Polizeimacht ängstigen und dem deutschen Vaterlande wieder abendig machen.“

Das Dementi des „Reichs-Anzeigers“ bezüglich der Meldung von der beabsichtigten Unterstellung der Insel Helgoland unter die Hamburger Oberpostdirection wird zwar damit motivirt, daß noch keine Bestimmungen in dieser Richtung getroffen seien. Man wird aber ruhig annehmen können, daß die in Rede stehende Einrichtung überhaupt nicht beabsichtigt wird.

Die Militärausgaben des Dreibundes.

Aus einer soeben veröffentlichten Schrift eines ungenannten, offenbar sachkundigen Verfassers über „Italien und das italienische Heer in dem Dreibunde“ lassen sich folgende Zahlenangaben über die Militärausgaben der verbündeten Mächte entnehmen: Die Gesamtausgaben beliefen sich in den sechs Jahren von 1882 bis 1887 auf mehr als 34 Milliarden, wobei für Italien die 65 Millionen-Anleihe behufs Aufhebung des Zwangscurses außer Berechnung geblieben ist. Die Militärausgaben machten mit 7 1/2 Milliarden 22.43 Proc. der Gesamtausgabe aus, die sogenannten unantastbaren Ausgaben 32.08 Proc. und die übrigen für die sämtlichen Civil-Verwaltungsweige dienenden 45.49 Proc. Natürlich ist das Verhältniß in den drei Staaten ein verschiedenes. Die ersten genannten Ausgaben betragen in Oesterreich-Ungarn 18.35, in Deutschland 24.34, in Italien 24.37 Proc., die zweitgenannten bezw. 38.07, 21.35 und 42.50 Proc., die letzten bezw. 43.58, 54.31 und 33.13 Proc. der Gesamtausgaben. Den 34 Milliarden Ausgaben standen in dem angegebenen Zeitraum 33 1/2 Milliarden Einnahmen gegenüber. Von den Einnahmen entfielen auf den Kopf der Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn 274, in Deutschland 293, in Italien 281 Lire, von den Ausgaben bezw. 285, 299 und 281 Lire. Sinegen entfallen von den Militärausgaben auf den Kopf bezw. 52.30, 72.70 und 68.50 Lire. Die Streitkräfte, welche die drei verbündeten Staaten ins Feld stellen können, belaufen sich auf 5151478 Mann, 653 000 Pferde und 6784 Geschütze. Von den ersteren entfallen auf die stehende Truppenmacht 3 300 000, auf die Reservisten 1 803 000, auf die Flotte 48478 Mann, von den zweiten auf das stehende Heer 647 000 Pferde. Nicht eingerechnet sind der Landsturm in Deutschland und die entsprechende Milizia Territoriale in Italien. Zu diesen Streitkräften trägt Italien 20.61 Proc. (35 auf das Tausend der Bevölkerung), Oesterreich-Ungarn 28.32 Proc. (36 auf das Tausend) und Deutschland 51.37 Proc. (55 auf das Tausend) bei. Von den Flottenstreitkräften hingegen entfallen auf Oesterreich-Ungarn 21.77 Proc. (mit 101 Schiffen), auf Deutschland 37.93 Proc. (mit 176 Schiffen), auf Italien 40.30 Proc. (mit 187 Schiffen).

Die Helgolandbill

hat im englischen Unterhause in der letzten Nacht, wie nach der Erklärung Gladstones zu erwarten war, die zweite Lesung passiert. Es geht uns darüber folgendes Telegramm zu:

London, 26. Juli. (M. Z.) Das Unterhause hat in der zweiten Lesung die Helgolandbill mit 209 gegen 61 St. angenommen. Dagegen stimmten die Parnelliten und einige Radicale.

Daß Gladstone sich zwar „im Princip“ mit der Abtretung Helgolands an Deutschland einverstanden erklärte, aber sich hinter das Verfassungsrecht verschante, wonach die Krone der formellen Zustimmung des Unterhauses zu einer Gebietsabtretung nicht bedürfe, giebt zu mancherlei Commentaren Anlaß. Hätte Salisbury die ausdrückliche Zustimmung des Parlaments nicht nachgesucht, so würde Gladstone schwerlich so zurück-

ohne Scheu thun könne, was ihr Vortheil bringt, denn alles schweige aus Zurich. Ich glaube es wohl; allein diese allgemeine Entmutigung ist für mich nur eine um so dringendere Aufforderung zur Rückkehr. Längere Abwesenheit würde unter den jetzigen Verhältnissen einer Flucht gleichkommen und diese von dem richtigen Volkswillensinstinct für ein Eingeständniß der Zurich und Schuld angesehen werden. Mögen überweise Egoisten mich einen „Schwärmer“ heißen oder „Märtyrersucht“ mir als Motiv unterlegen; — je mächtiger die Willkürherrschaft, je allgemeiner die Zurich vor derselben, um so mehr fühle ich die Verpflichtung in mir, mit dem Beispiele des Muthes voranzugehen und der Gewalt mein gutes Recht entgegenzustellen.

Ich weiß, liebe Schwester, daß — mehr als alle Dornengründe, Euch die Rücksicht für mein persönliches Wohl bestimmt. Nun, so versichere ich Euch denn, daß ich mich erst jetzt recht frei und wohl fühle, nachdem die Absicht, zurückzukehren, bei mir zum festen Entschlusse gereift ist. Der Aufenthalt in der Schweiz, die reine Bergluft, die Bäder im Genfer See haben mich körperlich und geistig gestärkt; ich fühle mich kräftig und jeder Prüfung gewachsen, die mir bevorsteht. Was auch kommen mag, es soll mich nicht beugen noch mir die Zuversicht des Sieges rauben.

Habt auch Ihr guten Muth! Vertraut der gerechten Sache! Ihr hat ja schon manche Gefahrt mit mir überstanden; auch diesmal wird der Ausgang ein glücklicher sein.

Lebt wohl und schreibt bald
Eurem treuen Bruder
Herzliche Grüsse den Stadtbewohnern! Wenn

haltend gewesen sein wie jetzt, wo er im Princip zustimmte, ohne dem conservativen Cabinet eine thätigkeitsmäßige Unterstützung zu gewähren. Gladstone hält sich durch diese Taktik die Wege offen für den Fall, daß die Liberalen wieder einmal ans Ruder kommen. Gladstone will im Hinblick auf diesen Fall nicht als Gegner der deutschen Politik auftreten.

Was die von Gladstone aufgeworfene Verfassungsfrage betrifft, so handelt es sich dabei nicht um Wahrung der Rechte der Krone dem Parlament gegenüber, sondern um einen Protest gegen die Einholung der Zustimmung des Oberhauses. Das Unterhause kann, wenn die Regierung eine Gebietsabtretung vornimmt, das Cabinet stürzen, auch wenn keine Bill vorgelegt wird. Wird aber die Zustimmung des Parlaments nachgesucht, so übt das Oberhause gleiches Recht mit dem Unterhause aus, und dazu ist es nach Gladstone nicht berechtigt.

Die belgische Convention mit dem Congostaat.

Die belgische Repräsentantenkammer setzte in der gestrigen Sitzung die Berathung der Vorlage über die belgische Convention mit dem Congostaat fort. Houzeau verlangte Auskunft von der Regierung, welche Haltung Frankreich der Convention gegenüber einnehme. Minister Beernaert erklärte, daß im Jahre 1884 die internationale Congo-Gesellschaft Frankreich das Vorkaufsrecht zugesichert habe für den Fall einer Veräußerung ihrer Besitzungen am Congo. Im Jahre 1887 erklärte der Congostaat der französischen Regierung, daß er Frankreich in Betreff des Vorkaufsrechtes nicht versichern könne, ob dieses Recht von Belgien nicht bestritten werden würde. Frankreich bestätigte diese Erklärung und sei dieser Punkt somit geregelt. Die in Berathung befindliche Vorlage beziehe sich auf den Vorschlag des Königs, den Congostaat nicht zu verkaufen, sondern ihn Belgien anzubieten. Der König werde noch 10 Jahre fortfahren, jährlich eine Million dem Congostaat zuzuschließen. Das französische Cabinet habe gegen die Rechte Belgiens keinen Einspruch erhoben und wünsche in Afrika ebenso gute Nachbarschaft mit Belgien zu pflegen wie in Europa. Nach längerer Debatte wurde schließlich die Convention zwischen Belgien und dem Congostaat mit 95 gegen 1 Stimme angenommen.

Die englisch-französischen Verhandlungen über Afrika.

Ueber den Stand der durch das deutsch-englische Abkommen über Zanzibar hervorgerufenen Unterhandlungen zwischen Frankreich und England wird der „Bos. Zig.“ aus Paris gemeldet: Da die Regelung der Entschädigungsfrage für die Neufundländer Fischer voraussichtlich einige Zeit erfordern wird, so beschloffen die französische und englische Regierung, die Neufundland- und Tunisfrage von der Zanzibar-Angelegenheit zu trennen und vorerst die vollkommen vereinbarten Verträge über Zanzibar, Madagaskar und Westafrika abzuschließen und zu veröffentlichen. Ribot, der Minister der auswärtigen, hofft dadurch vom Drängen der französischen öffentlichen Meinung befreit zu werden und für eine ruhige Behandlung der beiden offenen Fragen Zeit zu gewinnen. — Dem „Matin“ zufolge stände der Abschluß der englisch-französischen Verhandlungen wegen der Entschädigung für Zanzibar nahe bevor.

Die Unruhen in Süd- und Mittelamerika.

Der argentinische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Roque Saenz Penna hat folgende beruhigende Communiqué verkündet: „Die Finanzlage bessert sich in Folge der von der Regierung beabsichtigten Sparmaßregeln. Die diesjährige Ausfuhr übersteigt um ein ganz Bedeutendes die vorjährige, während die Einfuhr abgenommen hat. Die Ausgabe von Hypothekennoten in Papierwährung wird dem Mangel an

sie auch jeden diplomatischen Verkehr mit dem revolutionären Freunde abgebrochen haben, so gedenke ich ihrer doch täglich mit Sehnsucht und gebe mit Freuden alle Schönheiten des Genfer Sees für die sandigen Ufer der Dstsee hin. D. D.)

Gehr bald nach Abendung dieses Briefes trat Jacoby seine Reise nach Königsberg an und traf hier am 21. Oktober ein. Sofort nach seiner Ankunft stellte er sich dem Gerichte. So unüberwindlich aber war die Macht seiner stillen Anschauung, daß er es mit aller Bestimmtheit ablehnte, aus der nunmehr folgenden siebenwöchentlichen Untersuchungshaft zu entlassen, was mit Leichtigkeit gelungen wäre. Er wartete ruhig seines Urtheils, trotzdem der Gang der Voruntersuchung und die Liste der Geschworenen das Schlimmste befürchten ließen. Am 8. Decbr. fand die öffentliche Verhandlung statt; sie währte von 9 Uhr Vormittags bis gegen 5 1/2 Uhr und endete nach einündiger Berathung mit der Freisprechung des Angeklagten. Jacobys Vertrauen auf die Gerechtigkeit seiner Sache und die Ehrenhaftigkeit seiner Mitbürger hatte ihn nicht getäuscht und es verdient wohl erwähnt zu werden, daß unter den Geschworenen zwei hochconservative Männer es waren, der Rittergutsbesitzer v. Usedom-Quanditten und der Geh. Regierungsrath v. Bergen, die am wärmsten für die Freisprechung Jacobys eintraten und die sie auch durchsetzten.

*) Und dem Schreiber dieses Briefes hat zehn Jahre nach seinem Tode — J. Jacoby starb am 6. März 1877 — Fürst Bismarck im deutschen Reichstage die Vaterlandsliebe abgesprochen! Der ehemalige Reichshändler kann sich eben nach seiner ganzen Denkweise von der Reinheit und Höhe solcher Charaktere, wie J. Jacoby einer war, gar keine Vorstellung machen. D. R. d. D. Z.

